

Saale-Zeitung.

Werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Kassenstellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bekleben die Zeile 75 Pf. Einleitend wöchentlich 3 Pf.; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. [Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Bezugspreis
Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei dreimonatiger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Belegungsgebühr. Bestellungen werden von allen Postämtern und in allen Postämtern unter Nr. 6553 eingetroffen.
Für die Redaktion verantwortlich: **Wag. Schanze** in Halle.
Sprechstunden von 10^h bis 12^h Uhr.
Verleger: **Redaktion Nr. 2532.** -- Expedition Nr. 1761.

Schunddreißigster Jahrgang.

Nr. 108.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 5. März

1902.

Ein Rückgang der Volksvermehrung.

Näher, wenn davon die Rede war, welche Staaten be-
rufen seien, derin als einige wenige große dieser Erde
die Geschichte der Welt zu lesen, wurde von den deutschen
Politikern immer mit besonderer Gemüthsruhe konstatiert,
dass die Bevölkerungszunahme Deutschlands derjenigen aller
übrigen Großstaaten prozentuell weit überlegen sei. Sie
betrug für Preußen, für das am längsten einwandfreie
statistische Daten vorliegen, in der Zeit von 1867-1895
nahezu 8 Millionen (genau 7,828,365) oder 32,9 v. H.,
und war in diesen 28 Jahren am grössten in der Zeit-
periode 1890-95, wo sie jährlich 1,29 v. H. ausmachte
gegen 1,01 v. H. des Jahresdurchschnitts der oben er-
wähnten 28 Jahre. Man hatte diese starke Volkszunahme
vielfach mit einer konstant steigenden Fruchtbarkeit
des deutschen Volkes in Zusammenhang gebracht; die
Statistik hat diese Illusion zerstreut, indem sie nachwies,
dass seit zwanzig Jahren in Preußen die Zahl der Ge-
burten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ständig
abnimmt. Nach einem solchen von der Medizinisch-
abteilung des preussischen Kultusministeriums veröffent-
lichten umfangreichen statistischen Werk über die Jahre
1895 bis 1897 ist auch für diese drei Berichtsjahre
eine weitere Abnahme der Geburten in
Preußen zu konstatieren. Die starke Bevölkerungszunahme,
welche Deutschland trotzdem in den letzten 20 Jahren zu
verzeichnen hat, ist also auf andere Ursachen zurückzuführen,
zum guten Teil wohl auf eine Abnahme der deutschen
Auswanderung und auf eine erhöhte Einwanderung, nicht
in letzter Linie auf eine Abnahme der allgemeinen Sterblich-
keit. Die beiden ersten Momente kamen namentlich seit
besonders stark in der letzten Periode, des wirtschaftlichen
Aufschwunges in Betracht, wo wie schon erwähnt, in der
Zeit zwischen 1890 und 1895 die Bevölkerungszunahme eine
ganz außerordentlich große war.

Dass die Zahl der Geburten betriff, so betrug die-
selbe im Jahre 1876 auf 1000 lebend geboren Kinder 40,9,
im Jahre 1883 nur mehr 37,9 und 1896 endlich nur noch
37,2. Man hat eine Heilung gelaugt, eine Ursache für
diese Abnahme der Geburten in der zunehmenden Ab-
neigung gegen das Getraide suchen zu müssen; der offizielle
Bericht weist jedoch nach, dass in den Jahren 1895-97 die
Zahl der Eheschließungen proportional zugenommen
hat. Dem 1895 kamen auf 10,000 männliche Personen
in Preußen 16,28 Eheschließungen, 1896 stieg diese
Zahl auf 16,90 und 1897 auf 17,33. Für die
weibliche Bevölkerung betrug die Zahl der Ehesch-
ließungen 1895 15,74 auf 1000 und stieg in den nächst-
folgenden beiden Jahren auf 16,32 bzw. 16,73. Die Ab-
nahme der Eheschließungen ist es also auch nicht, welche zur
Erklärung für die Abnahme der Geburten herangezogen
werden könnte. Diese ist vielmehr nach dem offiziellen
Bericht, wenn man von verschiedenen Eheschließungen, die nur
vorübergehend die Geburtenzahl erhöhen, abstrahiert, auf eine
allgemeine Abnahme der Fruchtbarkeit zurückzuführen,
die freilich wieder mit den steigenden Wirkungen ge-
wisser Krankheiten und des Alkohols in Verbindung steht.

Nebstjens hat eine diesjährige, man darf wohl sagen
jahrhundertverlangte Esabingung gelebt, dass zwischen der Ge-
burts- und Sterbeziffer ein gewisser innerer Zusammen-
hang besteht, der auch bei Vergleichung der Geburts- und
Sterbeziffern Preußens zu Tage tritt. „Vergleiche man“,
so schreibt der offizielle Bericht, „die erreichte Sterbeziffer
mit den Ziffern vergangener Jahrzehnte, so kann man ein
gleichmäßiges, stetiges Sinken der Sterbeziffer feststellen,
welche zeitlich und räumlich ziemlich parallel geht mit dem
Wachsen der Geburtsziffer.“ Die Sterblichkeit, welche 1875
noch 26,3 aus Tausend betrug, war 1895 auf 21,7 zurück-
gegangen, um in nächstfolgenden Jahre weiter auf 20,9 zu
sinken; das Jahr 1897 zeigt wieder eine kleine Zunahme
mit 21,2 Todesfällen auf 1000 Personen. — Bekannt-
lich ist die Höhe der Gesamtsterblichkeit der Be-
völkerung hauptsächlich von der Säuglingssterblich-
keit abhängig; diese hat jedoch in der Berichtsperiode
von 1895-1897 sich nicht nur nicht verringert, sondern
ist im Gegenteil wieder gestiegen. Das Jahr 1894 hatte
auf 1000 männliche Säuglinge bis zu einem Jahr 247,4
Todesfälle, 1897 jedoch 273,9. Ebenso zeigen auch die
weiblichen Säuglinge eine Sterblichkeitszunahme von 206,2
im Jahre 1894 auf 226,3 im Jahre 1897; da aber eine
Beeinflussung der Säuglingssterblichkeit viel eher möglich
ist, als eine Beeinflussung der allgemeinen Sterblichkeit, so
ist bei den rätigen Fortschritten der Hygiene eine weitere
Abnahme der allgemeinen Sterblichkeit zu erwarten.

Wenigst man an der Hand der Statistik für die einzelnen
Provinzen einen inneren Zusammenhang zwischen Geburten
und Todesfällen feststellen, so gelingt dies in der Mehr-
zahl der Fälle, obwohl die Verhältnisse mehrerer Provinzen
diesen Zusammenhang nicht erkennen lassen. So beträgt die
Durchschnittsziffer der Geburten auf 1000 Personen für
Preußen 37,0; über diesen Durchschnitt steht die Provinz
Westpreußen mit 42,0; es folgen in absteigender Linie, aber
noch über dem Durchschnitt stehend, Posen, Weichseln,
Schlesien, Ostpreußen und Mecklenburg; unter dem Durch-
schnitt liegt Pommern mit 36,4, in steigender Reihenfolge
kommen Sachsen, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Han-
nover, Hohenzollern, Hessen-Nassau und Berlin. Letzteres
steht mit 28,6 Geburten auf 1000 Einwohner an letzter
Stelle, hat also von ganz Preußen verhältnismässig die ge-
ringste Geburtenziffer.

Die durchschnittliche Sterbeziffer dagegen beträgt 21,3 auf
1000 Personen; über dieser Ziffer mit 25,6 bis 21,9 stehen

Schlesien, Westpreußen, Ostpreußen, Posen, Brandenburg
und Hohenzollern, von denen die drei ersten auch in Bezug
auf die Geburten über dem Durchschnitt stehen; unter der
durchschnittlichen Sterbeziffer, und zwar mit 21,7-17,6
Todesfällen auf 1000 Einwohner stehen: Pommern, Sachsen,
Mecklenburg, Weichseln, der Stadtbezirk Berlin, Hannover,
Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein, letzteres hat also in
ganz Preußen die geringste Sterblichkeit.

Nicht man aus diesen amtlichen Darlegungen, die in dem
„Statistischen Jahrbuch des preussischen Staates“ während der Jahre
1895, 1896 und 1897 niedergelegt sind, das Resultat, so
ergibt sich heraus, dass die bisherige starke Bevölkerungszu-
nahme Deutschlands — die Zahlen über Preußen
werden im großen und ganzen auch auf das übrige Deutsch-
land angewandt werden können — zum großen Teil auf die
Verminderung der Auswanderung und die
Abnahme der Sterblichkeit, infolge der Fortschritte
der Hygiene, zurückzuführen sind. Der günstige Einfluss der
verminderten Auswanderung auf das Wachstum der Be-
völkerung dürfte aber kaum heute mehr in Betracht kommen,
da die deutsche Auswanderung bereits auf ein Minimum
zurückgegangen ist. — Wenn auch von der praktischen Aus-
wendung der Fortschritte der Hygiene für die nächste Zeit
ein günstiger Einfluss, namentlich auf die Kindersterblichkeit
und damit auf die Sterblichkeit im allgemeinen, zu erwarten
ist, so muß es doch als zweifelhaft gelten, ob diese Abnahme
der Sterblichkeit den Ausfall ausgleichen wird, den die ver-
minderte Auswanderung auf die Bevölkerungszunahme
bisher angeht hat. Es ist daher wahrscheinlich,
dass die Zunahme der deutschen Bevölkerung in
den nächsten Jahren nicht in dem bisherigen
Maße erfolgen wird.

Deutsches Reich.

Gez. und Personalnachrichten.
* Der Besuch des Sachz von Berlin am Berliner Hofe
ist jetzt offiziell für Ende Mai angekündigt worden.

Centrum-Bekanntungen.

Der zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts designierte
Ministerialdirektor im Kultusministerium, Dr. Kögler, soll,
wie es scheint, auch nach seinem Ausscheiden aus dem wies-
senschaftlichen Amte eines Teiles des preussischen Volkshochschulwesens
nicht unangenehm bleiben, obgleich sein Vorgesetzter in dem
neuen Amte, Geheimrat Reuß, ein recht behagliches Dasein
an der Spitze des Oberverwaltungsgerichts geführt hat.
Dr. Kögler, dessen liberale Anschauungen ihm während seiner
langen Amtszeit im Kultusministerium die Feindschaft des
Centrum zuzogen, das seitdem nicht in Zusammenhang mit der
Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts beizubehalten ist,
der regierenden Partei auch für das neue Amt zu liberal,
gleichwohl der parteiunabhängige Standpunkt bei der Rechtsprechung
nicht das alternative zu thun hat und mit derselben auch
nicht zu schaffen haben darf. Der Hinweis eines national-
liberalen Blattes, der „Nat.-Ztg.“, auf die politische Gesinnung
des neuen Präsidenten hat genügt, um dem Centrum die aller-
schwersten Bekannungen zu verschicken, die heute in einem
solchen Artikel der „Germania“ ihren Ausdruck finden, in dem
es u. a. heißt:

Wir müssen offen gestehen, daß uns die erste Nachricht von
der Beförderung des Herrn Ministerialdirektors Kögler, trotz-
dem damit sein Ausscheiden aus dem Kultusministerium ver-
bunden war, nicht gerade das lebhafteste Interesse erweckt
hat zu thun werden lassen. Noch mehr aber muß uns diese
Beförderung gerade zum Präsidenten des Ober-
verwaltungsgerichts von unserem Gesichtspunkte aus
bedeutlich erscheinen, wenn schon jetzt ein liberales
Blatt seiner Stellung Ausdruck geben kann, Dr. Kögler werde
als ein gewandter Mitarbeiter mit seinen liberalen Ansichten die
Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts beeinflussen.
Vor das Oberverwaltungsgericht kommen häufig genug Streit-
sachen, in denen Katholiken und Protestanten sich
einander entgegenstellen; desgleichen Beschwerden der
Polen gegen die Volkshochschulen usw. Würde wir von
vorneherein erwarten, daß Herr Kögler in seiner neuen
Stellung seine gemäßigt-liberalen, futuristischen und anti-
politische Gesinnung ebenbürtig werde, wie zur Genüge
die Liberalen im Kultusministerium, so würde er auf
Vertrauen von unserer Seite selbstverständlich
keinen Anspruch zu erheben können, dieselben auch nicht auf
ein Vertrauen von konservativer Seite. Sondern es ist eine
solche Umstellung, wie die „Nat.-Ztg.“ sie dem Herrn
Dr. Kögler und seinem liberalen „Geiste“ mit auf den Weg
gegeben hat, nicht weniger als geeignet, den Anhänger
eines „Rechtsstaates“, wie derselbe durch die Verwal-
tungsgerichtsbarkeit mit dem Oberverwaltungsgericht an der
Spitze in Preußen errichtet sein soll, besondere Achtung vor
einer solchen Verwaltschaftsbarkeit und dem liberalen „Geiste“
an deren Spitze einzuflohen. Man wird also die kennzeichnenden

Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts nach dem Hor-
stow der „Nat.-Ztg.“ sehr genau darauf zu prüfen haben,
inwieweit sich dabei der „gemäßigt-liberalen Geist“ des Herrn
Oberverwaltungsgerichts-Präsidenten Dr. Kögler bemerklich
macht.

Unverküffelt ist der Sach gegen den Liberalismus seit langem
nicht in der Centrumspresse zum Ausdruck gekommen, als wie
es hier der Fall ist, ganz abgesehen davon, daß es uns geradezu
unverständlich erscheint, wie die „Germania“ aus einer an sich
so harmlosen Bemerkung der „Nat.-Ztg.“ zu derartigen
Reblikationen gelangen kann. Daß das Centrumblättchen da aus-
führt, heißt nicht anderes, als die Geschicklichkeit, die Un-
parteilichkeit des höchsten Verwaltungsrichters im
Staate verdächtigen, bevor dieser noch in der Lage
war, sein Amt anzutreten, ein Vergehen, für das uns im
Augenblick ein treffender parlamentarischer Ausdruck nicht zu
Gebote steht, bei dem aber vielleicht mit Rücksicht auf
politische Erwägungen bis alle Zusätze = Moral
Colomnare andacter, zentraler liberaler Partei, ausschlaggebend
war. Vermögen aus derartige Angriffe einen Mann von der
politischen Verantwortung, der Kögler's nicht zu trennen, sind
sie doch ein bedauerlicher Beweis dafür, auf welche niedrigen
Niveau die vom Centrum betriebene Politik bereits gelangt
ist, ein Beweis auch dafür, daß dieser Partei alle Mittel recht
sind, um ihren Zweck zu erreichen, hier den Zweck, die Er-
nennung Dr. Kögler's zum Präsidenten des Oberverwaltungs-
gerichts noch in allerletzter Stunde zu vereiteln. Man wird zu
den möglichen Personen das Zutun legen müssen, daß sie
sich durch solche Machinationen nicht beeinflussen lassen, ebenso-
wenig, wie man den Fortbewerger, welche die Centrumspresse
hinichtlich der Rechtebeugung des Direktoriums im Kultus-
ministerium erhebt, entgegen hat. Das Centrum verlangt, daß
es die Volksschule auf förmlicher Grundlage aufbauen
lassen will, und ein Nachfolger für Dr. Kögler, der auf diesem
Niveau Standpunkte steht und da, wie wir schon im heutigen
Wochenblatte hervorgehoben, durchaus nicht auszufüllen ist, daß
der nachträgliche Kultusminister, der mehr wie seine Vorgänger
unter anderem und kirchlichem Einflusse steht, diesem Bestreben
durch Berufung des Regierungsrates Hegele in Gunstbinnen
Nachdruck trägt, erscheint es uns als Pflicht, schon jetzt auf die
Gefahr hinzuweisen, die eine solche Konzeption aus dem Centrum
mit sich bringen könnte. Die Volksschule auf diesem Niveau der
Kirche aufzubauen, diese, die schweren förmlichen Schritte
herauszuföhren und die Regierung sollte sich davon hüten.
Das wäre gerade in der gegenwärtigen Zeit ein Fehler, wie er
schwerer und größer nicht gemacht werden könnte. —

Auswärtige Korrespondenz.

In Nr. 22 der „Kommunisten-Zeit“ wird ein Brief
w edes I zwischen dem Professor Lupo Rentano in München
und dem Vorlesenden des Bundes der Landwirthe, Freiherren
v. Wangenheim, veröffentlicht, welcher die Angriffe des
letzteren auf den erfindenen im preussischen Abgeordneten-
haus zum Gegenstand hat. Diese sechs Briefe geben ein inter-
essantes Bild des Kampfes zwischen der Weltanschauung des
Zukunftstums und der Vertheidiger der misera contritione plöbs.
Herr v. Wangenheim hatte eine Stelle aus einer im Vorwort
vorliegenden Rede des Prof. Rentano unter Fortlassung
des Schlusses beschnitten und dann den so bestimmlenen Satz
nicht mehr ernst nehmen zu können erklärt. Rentano in ausführlicher,
rein sachlichen Darlegungen sein Urtheil richtig stellt und er-
läutert, erwidert v. Wangenheim immer kürzer und schärfer,
bis er sich im dritten und letzten Briefe zu folgenden geschmad-
vollen Ausfall verließ:

... eine derartige wissenschaftliche Tätigkei! geübt doch
wohl zu denjenigen Zweigen des Völkerverbrauchs, welche man
im allerhöchsten Maße schätzen, nicht aber in der Öffentlich-
keit kultivieren sollte.“

Diese Worte klingen so stark nach dem Citrus Wulch, daß der
gemeinliche Arbeiter mit jener bekannten fremdlichen Auf-
forderung an die Minister ohne weiteres klar ist. Deshalb aber
muß man auch Herrn v. Wangenheim recht geben, wenn er
einige Zeilen vorher schreibt: „... wie gewöhnlich die ganze Korre-
spondenz war“ — Gewiß! Herr Prof. Rentano hat sich in
der Qualität seines Gehirns gewandelt, sonst hätte er diesen
wackeligen Worten mehr gewidmet. Und diesen Irrthum
bekämpft Herr v. Wangenheim weiter durch folgenden unprovo-
zierten Ausfall:

... auch solchen Sie noch zu denjenigen zu gehören, welche
die Hand dank und Aufrechterhaltung für gemeinnützige
Institute halten, während dieselben ihre Erwerbsunternehmen
sind, welche kein Interesse an dem Gedeihen der
Gestaltung haben.“
Der Schlusssatz ist bezeichnend für die eigene Unklarheit des
Schreibers. Daß ein Erwerbsunternehmen aus sich selbst
aus praktischen Gründen so geleitet werden kann und soll, daß
es der Rechte zu ihrem Besten nicht vorkommen. Dem diese
Herrn Rentano natürlich nicht vorkommen. Dem diese
Herrn haben sich viel zu sehr in den allerhöchsten
Episoden verfahren, um den eigenen Vorteil anders zu
bestimmen als im Schaden eines Dritten. Und dabei
steht es selbstredend gar keine Rolle, ob Professor Rentano
etwas ganz anderes gesagt hat, als was man zu befümpfen
müßte oder ob man zwei soliden Erwerbsinstituten ob ne
den geringsten Grund jedes Interesse am Gedeihen
ihrer Angelegenheit absperrt. Freilich, dem Vollblut-Agrarier ist
das Wohl und Wehe der Forstwirtschaft höchst — „schon“, um
mit dem Klassiker der Citrus Wulch zu sprechen!

Politisches.

* Nachdem bis vor kurzem noch die agrarisch-konservativen
Parteien mit großer Aversität auf den Ausfall der kommenden
Wahlkreiseverordnungen gedrückt hatten, wenn bei diesen der neue

